

Germersheimer Rundschau

KURZ NOTIERT

Germersheim: Bibel lesen im Mittelpunkt

An drei Abenden, vom 28. bis 30. Januar, jeweils um 19 Uhr, laden die protestantischen und katholischen Kirchengemeinden von Germersheim/Sondernheim zur ökumenischen Bibelwoche ein. Der erste Abend der Bibelwoche findet am Dienstag, 28. Januar, um 19 Uhr im prot. Gemeindezentrum Sondernheim, Windhofstraße, mit Pfarrerin Anita Meyer, statt. Referent des zweiten Abends am Mittwoch, 29. Januar, um 19 Uhr im kath. Pfarrheim St. Jakobus Germersheim, Klosterstraße, ist Kaplan Danijel Ševo. Den abschließenden dritten Abend der Bibelwoche am Donnerstag, 30. Januar, um 19 Uhr im prot. Gemeindegarten Germersheim, Hauptstraße, gestaltet Pfarrerin Christine Klein-Müller. Die Bibelwoche entstand bereits in den 1930er Jahren und ist eine der ältesten Traditionen der Bibelbewegung im deutschsprachigen Raum. An mehreren Abenden einer Woche beschäftigen sich Christen intensiv mit Texten aus einem biblischen Buch. Seit mehr als 50 Jahren beteiligen sich an der ursprünglich evangelischen Initiative auch zahlreiche Gemeinden anderer Konfessionen. Und seit rund 25 Jahren wird die Bibelwoche als Ökumenische Bibelwoche durchgeführt. Jahr für Jahr finden dabei in Deutschland mehr als 6000 Bibelwochen statt, bei denen sich rund 200.000 Teilnehmer zusammenfinden. (rhp)

KLAR GESTELLT

Feth nie GFV-Vorsitzender

GERMERSHEIM. Der am 14. Januar verstorbene Norbert Feth war nie Vorsitzender des Germersheimer Fußballvereins, wie irrtümlich im Nachruf in unserer Samstagsausgabe vermeldet. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. (iso)

WETTER AM RHEIN

Vorhersage: Entlang des Rheins beginnt die Woche meist trübe und wolkenverhangen. Nach einer neblig-trüben Nacht liegen die Tiefwerte heute früh bei etwa +2 Grad. Morgens ist mit zähem Nebel- oder hartnäckigem Hochnebel zu rechnen. Auch tagsüber bleibt es stark bewölkt oder hochnebelartig bedeckt. Vereinzelt kann leichter Sprühregen fallen. Wind ist hingegen kaum spürbar und damit kein Thema. Die Tageshöchstwerte liegen bei 6 Grad. Nachts ist es hochnebelartig bewölkt und die Luft kühlt sich auf 3 Grad ab. Morgen, am Dienstag bleibt es ebenfalls stark bewölkt, teils auch neblig-trübe und örtlich fällt bei 6 Grad leichter Sprühregen. Der Mittwoch hat bei 6 Grad keine wesentliche Wetteränderung zu bieten. Klassisches Winterwetter mit Schnee gibt es weiterhin keines.

Gestern, 14 Uhr: 5,9 Grad;
Luftfeuchtigkeit: 83 Prozent;
Niederschläge in 24 Stunden: keine;
Tiefsttemperatur: 1,4 Grad;
Luftdruck: 1001 hPa; unverändert.
Heute vor einem Jahr: Schneeregen und extremes Glatteis bei 0 Grad.
Quelle: Klima-Palatina, Maikammer

SO ERREICHEN SIE UNS

PFÄLZER TAGEBLATT
Verlag und Geschäftsstelle
Ostbahnstr. 12
76829 Landau
06341 281-0
06341 281-100
rhplan@rheinpfalz.de

Abonnement-Service
Telefon: 06341 144374
Fax: 06341 144771
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

Privatanzeigen
Telefon: 06341 2830190
Fax: 06341 2830191
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de

Geschäftsanzeigen
Telefon: 06341 2830257
Fax: 06341 2830258
E-Mail: geschaeftsanzeigen@rheinpfalz.de

Lokalredaktion Germersheim
Fischerstr. 18
76726 Germersheim
Telefon: 07274 9466-11
Fax: 07274 9466-26
E-Mail: redger@rheinpfalz.de

Lokalredaktion Wörth/Karlsruhe
Im Bergfeld 41
76744 Wörth
Telefon: 07271 9239-14
Fax: 07271 6921
E-Mail: redwor@rheinpfalz.de

Reifenbrand sorgt noch immer für Ärger

LINGENFELD: Als im Juli 2013 ein Altreifenlager brannte, nutzte die Feuerwehr einen Radlader der Firma Scheid & Grabau, um Reifen wegzuräumen. An dem Fahrzeug entstand dadurch ein hoher Schaden. Das Unternehmen hat die Verbandsgemeinde jetzt auf Schadensersatz verklagt.

Der Reifenbrand war ein Großfeuer, das erst am Ende des zweiten Tages völlig gelöscht werden konnte. Die Altreifen hatten sich durch die Hitze einwirkung selbst entzündet, wie sich später rausstellte. Das war 2012 schon einmal passiert, damals lief es vergleichsweise glimpflich ab. Die Scheid & Grabau Abbruchtechnik GmbH hat ihren Sitz direkt neben der Brandstelle, ihr Gelände wurde durch das Feuer im Juli stark in Mitleidenschaft gezogen, eine Halle wurde schwer beschädigt.

Die Geschäftsführer Thomas Scheid und Ralf Grabau berichten, dass die Feuerwehr am Abend des ersten Brandtages darum bat, den Radlader der Firma nutzen zu dürfen. Nach Darstellung der Behörden wurde das Fahrzeug dazu benutzt, um abgelöschte Gummitteile und Wasser wegzufahren. Laut Grabau war der Radlader 36 Stunden am Stück im Einsatz, bevor ihn die Brandbekämpfer wieder auf dem Firmengelände abstellten. Als die Geschäftsführer ihn sahen, waren sie schockiert: Der Einstieg war verbogen, die Windschutzscheibe beschädigt; vor allem aber hatte die Hitze einwirkung dazu geführt, dass viele Bauteile verzogen waren. Zu gebrauchen sei er nicht mehr, so Grabau. Ein Gutachter habe den Schaden auf 70.000 Euro taxiert: wirtschaftlicher Totalschaden.

Als die Unternehmer den Schaden der Verbandsgemeinde meldeten, erklärte die sich bereit, zwei Monate lang die Mietkosten eines Ersatzfahrzeugs zu übernehmen. Nach ein paar Wochen teilte die Verwaltung mit, dass es sich bei dem Brand um ein überörtliches Schadensereignis der Alarmstufe 4 gehandelt habe und damit der Landkreis Germersheim für die Prüfung der Schadensersatzforderungen zuständig ist. Daraufhin informierte die Firma die Kreisverwaltung, die seither den Schaden prüft.

Scheid und Grabau haben inzwischen den Eindruck, dass die Entscheidung beim Kreis verschleppt wird. Zunächst seien Unterlagen angefordert worden, die das Unternehmen gar nicht habe, sondern die Verbandsgemeinde. Dann seien Befragungen der Wehrleute in Aussicht gestellt worden, die sich lange gezogen hätten. Über ihren Anwalt fragten die



Ralf Grabau hat dieses Foto von seinem Radlader nach dem Einsatz beim Altreifenbrand in Lingenfeld gemacht. Zwischen Führerhaus und Schaufel stecken noch Reifenteile.

FOTO: GRABAU

Unternehmer an, ob nicht zumindest ein Teil der Schadenssumme schon übernommen werden könne, doch das habe der Sachbearbeiter abgelehnt und Zweifel an der Schadenshöhe geäußert. Dem letzten Punkt widerspricht die Kreisverwaltung: „Es wurde nicht versucht, die Schadensersatzsumme zu drücken.“ Die Unterlagen zur Firma habe sie Mitte Oktober von der Verbandsgemeinde erhalten. Danach habe man Unterlagen anfordern müssen. Derzeit werde geprüft, ob der Fall über die Versicherung abgewickelt werden könne.

Die Dauer der Bearbeitung frustriert Scheid und Grabau. „Keiner kümmert sich um uns, keiner fragt, wie es weitergeht. Dabei haben wir doch den größten Schaden“, beklagt Scheid. Er ärgert sich, dass sie keine Hilfe erhielten, obwohl sie beim Brand die Einsatzkräfte doch so stark unterstützt hätten: den Radlader zur Verfügung gestellt, ihn zwischenzeitlich gar aufgetankt, einem Wehrmann mit Arbeitsschuhen ausgeholfen, Schläuche zur Verfügung gestellt.

Vor Weihnachten haben Scheid und Grabau nach eigenem Empfinden einen weiteren Tiefschlag erhalten. Der Sachbearbeiter bei der Kreisverwaltung haben ihrem Anwalt mündlich mitgeteilt, dass doch die Verbandsgemeinde für den Schaden zuständig sei. Damit war für die Geschäftsführer das Maß voll. Kurz vor dem Jahreswechsel erhob der Betrieb Schadensersatzklage gegen die Verbandsgemeinde. Gegenüber der RHEINPFALZ bestreitet die Kreisverwaltung, dass von ihrer Seite die Verbandsgemeinde für zuständig erklärt worden sei. Demnach hätte die Firma den Kreis verklagen müssen.

Die Klärung könnte sich also hinziehen, was die Firma, die zwölf Beschäftigte hat, bares Geld kostet. Denn seit die Gemeinde nicht mehr die Mietkosten für das Ersatzfahrzeug übernimmt, laufen die 5400 Euro monatlich bei dem Unternehmen auf. Die Lage der Firma sei dadurch schwierig, gerade in dieser Jahreszeit, „in der die Aufträge nicht so dicke sind“, sagt Grabau. (snf)

KOMMENTAR

Fatales Signal

VON STEFAN FISCHER

Mit ihrer zögerlichen Bearbeitung gefährdet die Kreisverwaltung die Hilfsbereitschaft bei künftigen Katastrophen.

Seit Juli wartet die Lingenfelder Firma Scheid & Grabau auf Schadensersatz für ihren Radlader, der beim Einsatz während des Reifenbrands stark beschädigt wurde. Dass die Kreisverwaltung Germersheim die Ansprüche prüft, ist ja in Ordnung. Schließlich geht es dabei um Steuergelder. Doch muss das wirklich so lange dauern? Ist es wirklich nicht möglich, zumindest einen Teil des Schadens schon anzuerkennen? Die Verwaltung mag Zeit haben, doch die Firma muss jeden Monat die Kosten für ein Mietfahrzeug schultern. Vor allem ist es ein fatales Si-

gnal, das von diesem Fall ausgeht: Wie werden künftig Geschäfts- oder Privatleute damit umgehen, wenn sie im Katastrophenfall gebeten werden, mit Material oder Fahrzeugen zu helfen? Wer kann es ihnen verdenken, dass sie dann zumindest zögern, wenn sie sich nicht sicher sein können, dass sie einen möglichen Schaden auch ersetzt bekommen? „Schnelle, unbürokratische Hilfe“ sagen Politiker und Behörden im Katastrophenfall gerne zu. Hier hätte der Kreis zeigen können, dass es sich dabei nicht nur um Worthülsen handelt.

Porsche fahrer hat Zweifel an Messgerät

GERMERSHEIM: Widerspruch von Temposünder gegen Bußgeldbescheid vor dem Amtsgericht gescheitert

Mit 104 Stundenkilometern statt der erlaubten 70 wurde ein 78-jähriger Diplomingenieur im Ruhestand zwischen Schwegenheim und Landau geblitzt. Gegen das Bußgeld von 120 Euro legte er Widerspruch ein und scheiterte damit vor dem Amtsgericht Germersheim.

„Ich fahre seit meinem 23. Lebensjahr ohne irgendwelche Vorkommnisse“, begründete der Porschefahrer seinen Widerspruch vor dem Gericht. Zusammen mit seinem Anwalt hatte er es auf eine Gerichtsverhandlung ankommen lassen. Denn, so der Verteidiger, die Amtsgerichte Herford und Aachen hätten in genau solchen Fäl-

len zugunsten des Betroffenen entschieden. Der Grund dafür sei, dass die eigentliche Messung nicht prüfbar sei. Mit anderen Worten, das Messgerät selbst kann nicht zerlegt werden. Denn, so weiß auch das Gericht, die Firmen erlauben nicht, die Wirkungsweise ihrer Produkte offen zu legen. Dann könnte es jeder nachbauen. Vielmehr ist das Messgerät für seine hoheitliche Aufgabe der Geschwindigkeitmessung umfassend gerüstet.

Im Bußgeldverfahren legten nun ein Polizeibeamter und ein Gutachter über alle Details der Messung am 20. November 2012 Rechenschaft ab. Dazu gehört, ob der Polizeibeamte alle

Qualifikationen erworben hat, um das Gerät zu bedienen. Ebenfalls war wichtig, ob das Gerät ordnungs- und fristgemäß geeicht ist. Diese Voraussetzungen wurden vom Gutachter bestätigt.

Bevor der Blitzler aufgestellt werde, müssten außerdem die Verkehrsschilder kontrolliert werden, sagte der Beamte. Es sei schon vorgekommen, dass Schilder kurz ausgewechselt, fotografiert und damit ein Widerspruch begründet wurde.

An diesem Novembervormittag habe er sich überzeugt, dass an dem Unfallsschwerpunkt an der B 272 das Schild mit der Angabe der Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 Stunden-

kilometern stehe. Dann prüfte er alle Eicheingänge des Messgerätes und stellte die genaue Position ein. Rund 950 Fahrzeuge passierten den Messpunkt. Jede fünfte Messung sei ein Treffer gewesen, wertete der Gutachter die Messtabellen aus. Das sei eine hohe Quote.

Das wunderte die Amtsrichterin nicht. Sie wisse, wie „verführerisch“ die gerade Strecke sei und wie dort „gebetert“ werde. Mit seinem schnellen Auto hätte der Ingenieur ungewollt schneller sein können als vorgeschrieben, konnte sie sich vorstellen.

Solche lebensnahe Einsicht zeigte der Betroffene nicht. Sein Anwalt kri-

tisierte vielmehr nicht nur das Messverfahren als „nicht standardisiert“. Indiz für die Unschuld seines Mandanten sei auch, dass der Auswertungsrahmen des Beweisfotos um 12 Zentimeter von der Norm abweiche. Diese Norm, so hatte der Gutachter erklärt, werde allerdings nur in den seltensten Fällen erreicht.

„Man muss die Kirche im Dorf lassen“, merkte die Amtsrichterin am Schluss an. Es handle sich um ein anerkanntes Messverfahren, das bundesweit angewandt werde. Obergerichtliche Entscheidungen zur Prüfbarkeit des Messgerätes seien im Übrigen bisher nicht getroffen worden, so die Richterin. (mldh)

Noch Plätze auf der Grünen-Liste frei

LINGENFELD: Kandidaten für den Verbandsgemeinderat gesucht – Lob für das Vortreiben erneuerbarer Energien in Verbandsgemeinde

Die Verbandsgemeinde Lingenfeld soll noch grüner werden. Das wünschen sich die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Lingenfeld. Ihr Ziel: künftig wieder Vertreter im Verbandsgemeinderat zu haben. Das Problem: die Kandidatenliste zu füllen.

Wie Vorsitzender Andreas Ackermann bei einer Versammlung informierte, hat der Ortsverein nur neun Mitglieder. Vier davon waren anwesend, zudem drei Nichtmitglieder. Unter Leitung von Annette Krysmansky, sie gehört dem Vorstand des Kreisverbands Germersheim an, diskutierten die Anwesenden zunächst,

ob es Sinn macht, eine Liste aufzustellen. Die Mehrheit war dafür, und fünf Personen wollten kandidieren.

Aber: Der Verbandsgemeinderat hat 32 Sitze. Da es für kleinere Parteien oft unmöglich ist, 32 Bewerber zu finden, gibt es die Möglichkeit der Mehrfachnennung einer Person – zweifach oder dreifach. Von diesem Mittel, und zwar von einer Dreifachnennung, wollen die Grünen auch Gebrauch machen. Konkret bedeutet das, dass fünf Kandidaten 15 Sitze abdecken würden. Die Folge: Wenn Wähler nur die Grünen-Liste ankreuzen, gehen Stimmen verloren. Das war für die Versammelten Grund genug, die Listenaufstellung zu ver-

schieben. In nächster Zeit wollen sie noch Personen für die Liste gewinnen. Krysmansky regte an, ein Faltblatt mit „schlagkräftigen Themen“ zu entwerfen und über diese nach Unterstützern zu suchen.

Tourismusförderung und Abholzung widersprechen sich für die Grünen.

Mitglied Nicole Menke-Ratz sieht Handlungsbedarf beim Flächennutzungsplan. Ein Dorn im Auge ist ihr die zunehmende Versiegelung von Flächen: „Es gibt nur noch wenige grüne Lungen. Die dürfen nicht ver-

kauf und zu Bauplätzen umfunktionierte werden.“ Die erfolgte Abholzung von Bäumen im Landschaftsschutzgebiet „In den Erlen“ in Lingenfeld (wir berichteten) bezeichnete sie als „Katastrophe“. Ihr Kommentar: „Es geht nicht, dass eine Gemeinde einen touristischen Weg (gemeint ist der Druslach-Bacherlehnsweg) erschließt und vermarkten will und sich nicht die Konsequenzen überlegt.“ Menke-Ratz will sich wieder politisch engagieren, um von solchen Dingen nicht erst zu erfahren, wenn der Zug abgefahren ist, sondern es noch Möglichkeiten gibt, einzugreifen. Sie wünscht sich auch, dass die Realschule plus in Lingenfeld eine Integrierte

Gesamtschule (IGS) wird. Andreas Ackermann sagte, dass sich die Grünen auch für den Erhalt bestehender Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbad, Naherholungsgebiet und Baggersee einsetzen müssten. Lob von Seiten der Grünen gab es für das Vortreiben erneuerbarer Energien in der Verbandsgemeinde. Die Grünen wollen sich in dieses Thema einbringen. Ackermann: „Das ist eine Win-win-Situation für alle.“ (nti)

KONTAKT

Bewerber für die Listen werden gebeten, sich mit Andreas Ackermann in Verbindung zu setzen. Telefon: 0176 84353167, E-Mail: andreasackermann@gmx.de